

Frustriert: Zwei Windräder auf der Kippe

Betzensteiner Initiative engagierte sich stark und bekommt jetzt vielleicht Boden unter den Füßen weggezogen - 10.01.2014

BETZENSTEIN - Eigentlich hat die Initiative von Stadt, „Genossenschaft Bürgerenergiewerke Schnaittachtal“ (BEW) sowie Planer Marcus Dornauer zur Errichtung zweier Windkraftanlagen östlich von Hüll ihre Hausaufgaben gemacht. Nun tritt man aber auf der Stelle.



Hat Marcus Dornauer (2. von links) zwei Jahre lang zusammen mit der Stadt Betzenstein umsonst an Windrädern auf Betzensteiner Stadtgebiet geplant? Man fordert gemeinsam Rechtssicherheit von der Staatsregierung. © Trencz

Gründe sind der Vorstoß von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer im vergangenen Jahr, die Mindestabstände von Windrädern zu Wohngebieten deutlich zu erhöhen sowie geplante Änderungen in Sachen Erneuerbares Energie Gesetz (EEG).

Der sogenannte 10H-Vorschlag Seehofers sieht vor, dass der Mindestabstand auf das Zehnfache der Höhe einer Windkraftanlage ausgedehnt wird. Bei den vorgesehenen rund 200 Meter hohen Windrädern in Hüll (Nabenhöhe

140 Meter) würde dies einen Mindestabstand von rund 2000 Metern zur Ortschaft Hüll bedeuten, sprich: Sie stünden mitten im Veldensteiner Forst. Und was noch fataler wäre: Außerhalb des Windvorranggebietes des Regionalplans Oberfranken-Ost, an den sich die Planer gehalten haben.

Kommt eine Änderung des EEG, die einen Referenzertrag von mindestens 75 Prozent vorsieht, stünden die Hüller Windräder ebenfalls auf der Kippe. Man liegt nach dem ersten Ertragsgutachten bei knapp über 70 Prozent. Genug, um laut Planer Dornauer ein Windrad wirtschaftlich zu betreiben und den Bürgern eine vernünftige Rendite zu gewährleisten. Aber eben zu wenig, wenn ein geändertes EEG kommt.

Erst vor wenigen Tagen hatte man die größte Hürde für den wirtschaftlichen Bau der beiden Windräder genommen. Denn der vom Stromversorger E.on angebotene Einspeisepunkt bei Pegnitz - das Umspannwerk bei Buchau - wäre laut Dornauer zu unwirtschaftlich gewesen, weil zu weit entfernt. Zu hohe Kosten für den Leitungsbau und zu hohe Leitungsverluste störten. Jetzt bot E.on eine akzeptable Alternative an: In der Nähe des Forsthauses Hufeisen, etwa vier Kilometer von den beiden geplanten Windrädern entfernt. In etwa drei bis vier Wochen erwartet Dornauer das endgültige Ertragsgutachten. Er geht von einer positiven Begutachtung aus.

Am seidenen Faden

Das alles nützt nichts, wenn Seehofers 10H-Vorschlag durchgeht oder eine Änderung des EEG kommt oder sogar beides. Es wäre das Ende der beiden einzigen Windkraftanlagen auf Betzensteiner Stadtgebiet.

Dabei, so sagt Betzensteins Bürgermeister Claus Meyer, wollte auch die Gemeinde Betzenstein ihren notwendigen Beitrag zur beschworenen Energiewende, zu Klimaschutz und Stärkung des ländlichen Raums leisten – mit einer Wertschöpfung, die auch in der Region bleibt. Und dafür habe man in den insgesamt zwei Jahren Planung viel investiert.

Und was Meyer am Wichtigsten ist: Er wollte die Windräder auf einen breiten Konsens, auch mit den Bürgern, stellen. Sein Beteiligungsmodell sah vor: Bürgerinformationen, artenschutzrechtliche Prüfungen, Schall- und Schattenwurfprognosen zum Schutz der Anwohner, ein Flächenpachtmodell, Verhandlungen mit Herstellern, Banken und Infrastrukturfirmer.

All das habe man auf den Weg gebracht. Der immissionsschutzrechtliche Vorbescheid ist ebenfalls schon in der Tasche. Aufgrund der Lieferfristen hätten die Windräder aber erst 2015 ans Netz gehen können.

Jetzt müssen sich die Beteiligten fragen, ob die Rahmenbedingungen so bleiben, wie sie momentan sind. Sie verlangen Vertrauensschutz und Verlässlichkeit für die Bürger und Rechtssicherheit, sprich: Dass die Regionalpläne ordnungsgemäß in Kraft treten können und dass man den Betzensteinern nicht innerhalb des Realisierungszeitraums die wirtschaftlichen Grundlagen für das Projekt entzieht.

Das wäre für Claus Meyer ein fragwürdiges rechtsstaatliches Vorgehen. Zwischenzeitlich habe man aus anderen Planungsregionen erfahren, dass den dortigen Regionalplänen die Verbindlichkeitserklärung in der gesetzlich vorgegebenen Frist verweigert wurde, da erst die neue Gesetzeslage abgewartet werden soll. Man befürchtet, dass dies nun auch den aufwendig erarbeiteten und abgestimmten „Regionalplan Oberfranken-Ost“ trifft.

Das Projekt in Hüll ist momentan jedenfalls ausgebremst. Die bisherigen Vorleistungen, in die man gegangen ist, sind offenbar noch zu verschmerzen. Aber weitere Investitionen in die Fortschreibung des Projekts ohne Sicherheit kann sich beispielsweise auch die BEW nicht leisten. „Das kann ich der Genossenschaft nicht antun“, sagte ihr Vorstandsmitglied Jürgen Glassauer. Es sei dringend notwendig, Übergangsfristen zu erarbeiten und einen Investitionsschutz zu geben.

KLAUS TRENZ

NÜRNBERGER
Nachrichten

10.01.2014